Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 15.00 Mark. Abholungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53. Telegramm-Adresse: Tageblatt Auererzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 4.00 Mark, auswärtige Anzeigen 5.00 Mark, Reklame-Petitzeile 12.00 Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1008

Nr. 162 | Freitag, den 14. Juli 1922 | 17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Es bestätigt sich, daß der sächsische Landtag Ende August seine Auflösung beschließen wird. Die Neuwahlen werden Ende Oktober stattfinden.

Das deutsche Gesuch um ein weiteres Moratorium liegt in Gestalt einer Note an die Kriegslastenkommission im Wortlaut vor.

Für die Zeit vom 19. bis einschließlich 25. Juli beträgt das Goldzollaufgeld 9400 vom Hundert.

Die Reparationskommission verhandelte gestern nachmittag über die vorläufige Antwort auf die Note der deutschen Regierung. Sie wird diese voraussichtlich heute abend übergeben.

Lloyd George sagte im Unterhaus, ein offizieller Bericht über den Zusammenbruch der Haager Konferenz liege noch nicht vor. Auf jeden Fall aber sei es Tatsache, daß man auf einen toten Punkt angekommen sei.

Zur politischen Lage.

Vom Oberbürgermeister Dr. Külz, M. d. R.

Die Entwicklung der Dinge in den letzten Tagen zeigt immer mehr die schmerzliche Erscheinung, daß die Sozialdemokratie in ihrer breiten Anhängerschaft psychologisch noch nicht so weit gesundet ist, daß sie die wirksamste Maßnahme zum Schutze der Republik durchzuführen imstande wäre: die Verbreiterung der Regierung durch Unabhängige und Deutsche Volkspartei. Viel mehr als alle Schutzgesetze würde eine solche Maßnahme die weitesten Volkskreise unmittelbar und in verantwortlicher Weise mit dem Schicksal der deutschen Republik politisch verbinden und in den Dienst des demokratischen Gedankens einspannen. Bei den Massen überwiegt die sozialistische Klassentendenz, und die Führer haben nicht die Macht, vielleicht auch nicht immer den Mut, diese große ausschlaggebende Aktion zum Schutz der demokratischen Republik den Massen als eine notwendige Maßnahme begreiflich zu machen und mit entschlossener Tat durchzuführen. Die frühere Haltung der Deutschen Volkspartei macht ihre Ablehnung als Regierungspartnerin durch die Sozialdemokratie bis zu einem gewissen Grade verständlich, aber doch eben nur bis zu einem gewissen Grade; denn das große Ziel unserer staatlichen Entwicklung ist es, die bisher der Republik innerlich und äußerlich ablehnend gegenüberstehenden Volkskreise mit der Republik auszusöhnen und sie zu Mitträgern der Staatsordnung zu machen. Eine Deutsche Volkspartei, die unter Abkehr von ihrer früheren intransigenten Haltung klar und entschieden auf den Boden der heutigen Staatsordnung tritt, darf man nicht aus Gründen sozialistischer Parteitaktik von der Teilnahme an der Regierung ausschließen, sonst zeigt man, daß einem weniger an der Erreichung eines demokratisch-republikanischen Blocks in Regierung, Parlament und Volk, als einer Verstärkung der Parteimacht gelegen ist.

Weitschauende Politik könnte zunächst auf den Gedanken kommen, erst einmal die Verbreiterung der Regierung nach links durch die Unabhängigen durchzuführen und die Hinzunahme der Deutschen Volkspartei einem späteren Entwicklungsstadium zu überlassen. Eine solche Maßnahme würde aber gerade jetzt eine unverzeihliche Sünde gegen die außenpolitische Vernunft sein. Die einzige wirtschaftliche Rettungsmöglichkeit für uns liegt in der Erreichung eines internationalen Kredits. Die Notwendigkeit eines mehrjährigen Aufschubs weiterer Zahlungen hat sich ja glücklicherweise bei der Entente durchgesetzt; aber selbst wenn dieser Aufschub unter erträglichen Bedingungen demnächst endgültig gewährt werden würde, ist damit allein noch nicht geholfen. Ein aktives Eingreifen in Form von Gewährung einer Anleihe muß hinzukommen. Eine Anleihegewährung wird aber nur gegenüber einem Deutschland zu erwarten sein, das dem Auslande kreditwürdig erscheint. Die bisherigen drei Katastrophen der deutschen Mark hatten außenpolitische Ursachen: Beginn der Reparationszahlungen, Londoner Ultimatum, oberschlesische Vergewaltigung. Der jetzige Sturz hat innerpolitische Gründe: Mord an Rathenau als innerpolitische Verpestungserscheinung. Nur eine auf breitester Grundlage aufgestellte Koalition vermag dem Ausland gegenüber den verhoerenden Eindruck dieser Tat auszutilgen. Eine bloß nach links durchgeführte Verbreiterung der Regierung nimmt uns in dem nun einmal kapitalistisch orientierten Ausland den letzten Rest von Vertrauen der kapitalkräftigen Kreise, die ganz naturgemäß gegenüber einer deutschen Regierung die äußerste Vorsicht walten lassen, deren Hauptbestandteil aus kapitalfeindlichen Kräften besteht. Alle diese Dinge liegen so klar, daß sie selbst ein sehr sparsamer Haushalter auf dem Gebiete außenpolitischen Intellekts erkennen müßte. Leider ist es aber nicht überall der Fall. Die angeblich unpolitischen Gewerkschaften haben mit ihrem ultimativen Verlangen der Aufnahme der Unabhängigen in die Regierung eine unglaubliche außenpolitische Torheit begangen.

Auch innenpolitisch muß dieses Vorgehen der Gewerkschaften scharf zurückgewiesen werden. Gerade für die Demokratie ist jede Nebenregierung unerträglich, gleichviel, ob sie von einer Hofclique oder einer einzelnen Gesellschafts- oder Erwerbsschicht kommt, ob sie offen oder mittelbar ausgeübt wird. Keine Regierung und kein Parlament kann sich dem Diktat von Kräften beugen, die außerhalb stehen. Der Reichskanzler wird in der Behandlung des gegenwärtigen Regierungsproblems zeigen können, ob er zu einem wirklichen Staatsmann von Führerqualitäten herangewachsen ist, oder ob er nur ein Politiker üblichen Ausmaßes ist. Bei der Behandlung des Gesetzes zum Schutz der Republik hatte er leider Stunden, in denen er die staatsmännischen Qualitäten von politischem Draufgängertum völlig überwuchern ließ, so vor allem bei seinem scharfen Vorgehen gegen die Bayrische Volkspartei und damit gegen die bayrische Volksstimmung überhaupt. Vom Reichskanzler hätte man in dieser Lage die Rede erwarten müssen, die im späteren Verlauf aus seinem staatsmännischen Empfinden heraus der bayrische Finanzminister Hamm im Reichstage hielt. Dessen Rede war ganz abgestimmt auf Ausgleich, Versöhnung und Entwirrung, nicht aber auf Kampf. Hamm zeigte mit seiner Rede, daß Demokratie letzten Endes nur etwas für feine Köpfe ist und nicht für grobe Klötze von der Art, wie sie sein Rednerpult umstanden. Zu den vorhandenen Spannungsmomenten ein neues zwischen Reich und Bayern im gegenwärtigen Augenblick unnötig einzuführen, ist unstaatsmännisch.

Die souveräne Erhebung über die politischen Leidenschaften und die Herausstellung großer und kleiner Ziele gelang leider auch bei der sonstigen Beratung des Schutzgesetzes sehr unvollkommen. Die Natur des Gesetzes als einer großen, staatserhaltenden Tat wurde häufig vollkommen verwischt durch den unwürdigen Kuhhandel, der um Worte und einzelne Sätze vor aller Oeffentlichkeit im Plenum getrieben wurde, und durch das Zahlabendniveau der Debatte, auf das ein Teil der Redner herunterstieg. Ist mit der Annahme des Gesetzes auf der einen Seite auch, genau so wie mit der Annahme der Getreideumlage, eine gewisse Entspannung erreicht, so bleibt doch die gesamte politische Lage so kritisch nach innen und außen, daß es der ganzen Kraft und Ruhe aller besonnenen Leute an verantwortlicher Stelle bedarf um auch diesmal an dem Abgrund vorüber zu kommen.

Die Erhöhung der Personen-Fahrpreise.

Nach der Reisezeit.

Amtliche Mitteilung.

Während der Eisenbahnpersonenverkehr im Jahre 1918 noch etwa ein Drittel der Gesamteinnahme der Eisenbahnen brachte, zwei Drittel also im Güterverkehr aufkamen, ist der Anteil der Einnahmen aus dem Personenverkehr an der Gesamteinnahme heute auf etwa ein Achtel der Gesamteinnahme zurückgegangen. Dies bedeutet, daß ein beträchtlicher Teil der durch die Bedienung des Personenverkehrs verursachten Kosten vom Güterverkehr getragen werden muß, daß also die breite Masse der Verbraucher belastet wird, um die Fahrpreise niedrig zu halten, die nur einem beschränkten Teil der Bevölkerung zugute kommen. Mit Rücksicht auf die fortschreitende Steigerung der persönlichen und sachlichen Ausgaben und das ständige Sinken des Geldwertes hält der Reichsverkehrsminister es nicht mehr vertretbar, die Personentarife, die seit der Festsetzung am 1. Februar 1922 eine Erhöhung nicht mehr erfahren haben, weiter unverändert beizubehalten. Es ist deshalb eine Erhöhung der gegenwärtig geltenden Fahrpreise um etwa 50 v. H. in Aussicht genommen, die zum 1. Oktober dieses Jahres wirksam werden soll. Gegenüber den bedeutenden Lohn- und Materialpreissteigerungen auf allen Gebieten ist die Mehreinnahme der Reichsbahn, die auf 6 Milliarden veranschlagt wird, nicht hoch. Die Erhöhung soll nicht mehr durch prozentuale Zuschläge auf die jetzigen Fahrpreise, sondern im Wege organischer Durchbildung der Tarife unter Zugrundelegung neuer Einheitssätze erfolgen. Das Spannungsverhältnis zwischen den Fahrpreisen der einzelnen Wagenklassen, das im allgemeinen dem der Vorkriegszeit entspricht und, ausgehend von dem Fahrpreis der 4. Klasse, 1 — 1½ — 2½ — 4½ beträgt, bleibt zunächst unverändert.

Die neuen Einheitssätze für das Kilometer werden betragen: In der vierten Klasse 45 Pf., in der dritten Klasse 67,5 Pf., in der zweiten Klasse 112,5 Pf., in der ersten Klasse 202,5 Pf. Die Schnellzugszuschläge werden betragen: Für die Zone I (1—75 Kilometer) in der dritten Klasse 15 Mark, in der ersten und zweiten Klasse 30 Mark. Für die Zone II (76—150 Kilometer) in der dritten Klasse 30 Mark, in der ersten und zweiten Klasse 60 Mark. Für die Zone III (über 150 Kilometer) in der dritten Klasse 45 Mark, in der ersten und zweiten Klasse 90 Mark. Auch auf die Zeitkarten aller Art erstreckt sich die Erhöhung der Fahrpreise um 50 Prozent. Um jedoch den Berufs- und Siedlungsverkehr zu schonen, soll der sogenannte Notstandstarif, demzufolge die Monatskarten schon jetzt zu nur 16 Einzelfahrten, die Wochenkarten zu 4 Einzelfahrten berechnet werden, noch dahin ausgebaut werden, daß vom 1. Oktober ab der Berechnung nur 14 bzw. 3½ Fahrten zugrunde gelegt werden. Als Einheitssatz für den Militärpersonenverkehr ist, entsprechend der Erhöhung der Fahrpreise des allgemeinen Verkehrs in der dritten Wagenklasse auf das Zwanzigfache des Friedenspreises, der Betrag von 20 Pf für das Kilometer in Aussicht genommen. Die jetzigen Preise für Bettkarten und Platzanweisungen bleiben mit Rücksicht auf die vor kurzem vorgenommene Erhöhung zunächst bestehen. Der Preis der Hundefahrkarten beträgt künftig die Hälfte des Fahrpreises dritter Klasse, eine Bahnsteigkarte wird 1,50 Mark kosten. Auch der Gepäcktarif muß aus denselben Gründen wie der Personentarif zum 1. Oktober 1922 erhöht werden, und zwar ist ein Frachtsatz von 10 Pf. für 10 Kg. und 1 Km. in Aussicht genommen. Die Mindestfracht für Gepäck wird von 5 auf 10 Mark heraufgesetzt. Wenn auch diese Tariferhöhung weite Kreise des reisenden Publikums schmerzlich betrifft, so ist sie jedoch durch die fortschreitende Teuerung und Geldentwertung unvermeidlich geworden. Soziale Gesichtspunkte sind, soweit wie möglich, berücksichtigt, so daß besondere Härten vermieden sein dürften.

Um zu verhüten, daß Sonderzüge oder tarifmäßige Fahrpreisermäßigungen (z. B. für Jugendpflegevereine) für antirepublikanische Bestrebungen ausgenutzt werden, hat der Reichsverkehrsminister die Eisenbahndirektionen angewiesen, sich in allen ihnen bedenklich erscheinenden Fällen von Genehmigung der Anträge mit den Stellen zu verständigen, die nach der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz der Republik von den Landeszentralbehörden eingesetzt werden, um Veranstaltungen, die gegen die Republik gerichtet sind, zu verbieten und die Auflösung von Vereinen und Vereinigungen anzuordnen.

Deutscher Reichstag.

Das Amnestiegesetz.

Die gestrige Reichstagssitzung war, offenbar infolge der starken Anstrengung, die die vorgestrige zweite Beratung des Gesetzes zum Schutz der Republik bedeutete erheblich schwächer besucht, bot aber gleichwohl ein sehr lebhaftes Bild. Es ging gestern um die zweite Lesung des Amnestiegesetzes. Zuvor waren einige andere Angelegenheiten zu erledigen, die jedoch keine Schwierigkeiten boten. Die Reichsregierung wurde ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses die Eingangszölle zu erhöhen und es wurde ihr für die Prüfung dieser Fragen ein besonderer Reichstagsausschuß zur Seite gestellt. Dann wurden gewisse Aenderungen der Reichsversicherung gut geheißen, die eine Erleichterung bei der Geltendmachung von Ansprüchen bewirken, und auch die Ausführungsbestimmungen für den Uebergang der Staatseisenbahnen auf das Reich wurden genehmigt. Schließlich hatte der Reichstag sich noch mit dem Einspruch des Reichsrats zu befassen, der an den Mitteln zur Aufklärung und zum Nachrichtenwesen im Inland, die in dem letzten Etat eingestellt waren, erhebliche Abstriche vorgenommen hat. Um die Verabschiedung des Etats zu ermöglichen, stimmte der Reichstag diesen Abstrichen zu. Dann war man so weit, daß die Amnestievorlage in Angriff genommen werden konnte, so wie sie sich in den Beschlüssen des Ausschusses umgestellt hat.

Die Redner der einzelnen Parteien faßten sich erfreulich kurz. Von sozialistischer Seite wurde versucht, die Amnestierung der Eisenbahner, die der Ausschuß abgelehnt hat, erneut zu befürworten. Auch verlangte der Sprecher der Sozialisten einen Eingriff der Reichsregierung in die bayrischen Verhältnisse da von der bayrischen Regierung eine Amnestie nicht zu erwarten sei. Der Reichsverkehrsminister widersprach